



Wahlprogramm 2021 der Bürgerinitiative Braunschweig

Inhaltsverzeichnis

Die BIBS in den Rat!.....	1
1. Klimaschutz und Klimagerechtigkeit.....	1
1.1 Energie- und Solarwende.....	1
1.2 Verkehrswende.....	2
1.2.1 Mobilität zu Fuß und mit dem Fahrrad.....	2
1.2.2 Verbesserung des Öffentlichen Personenverkehrs.....	2
1.2.3 Kraftfahrzeugverkehr reduzieren.....	3
1.2.4 Güterverkehr - Güter auf die Bahn.....	4
1.2.5 Flughafen nicht subventionieren.....	4
1.3 Bauwende.....	5
2. Umwelt.....	6
2.1 Atomkraft und Radioaktivität.....	6
2.2 Baumschutz und Stadtgrün – FÄLLSTOPP!.....	6
2.3 Biodiversität, Natur- und Artenschutz.....	6
2.4 Nachhaltige Beschaffung.....	7
2.5 Mobilfunk.....	7
3. Sozial miteinander.....	8
3.1 Gesundheitsvorsorge - Klinikum Braunschweig.....	8
3.2 Daseinsvorsorge, Privatisierungen und kommunale Finanzen.....	8
3.3 Mehr und bessere Beteiligung der Bürger:innen.....	9
3.4 Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien bekämpfen.....	9
3.5 Soziale Schieflagen reduzieren.....	10
3.6 Gegen Altersarmut.....	10
3.7 Gleichstellung fördern.....	11
3.8 Inklusion fördern.....	11
3.9 Willkommenskultur.....	11
4. Frieden bewahren, aus der Geschichte lernen.....	13
4.1 Europäische Solidarität statt Nationalismus.....	13
4.2 Engagement im Bündnis gegen Rechts.....	13
4.3 Schluss mit Welfenglorifizierung und Geschichtsklitterung.....	13
4.4 Erinnerungskultur und Denkmale.....	14

4.5 Engagement in der Friedensbewegung.....	14
5. Stadtentwicklung und Wirtschaft.....	15
5.1 Klimahaushalt.....	15
5.2 Mieten bremsen - bessere Wohnraumversorgung.....	15
5.3 Bebauungsplanung.....	16
5.4 Die „Bahnstadt“ als klimafreundlicher Stadtteil.....	17
5.5 Wirtschaft und Gewerbe.....	17
5.6 Wissenschaft und Innovation.....	18
5.7 Förderung von Kunst und Kultur.....	18
5.8 Finanzierung.....	19
6. Anlage.....	20

Die BIBS in den Rat!

Die BIBS in den Rat!

Die Stadt Braunschweig braucht eine Politik, die sich konsequent an Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinwohl ausrichtet. Profitmaximierung hat hier nichts zu suchen. Wir Bürger:innen müssen beteiligt werden und uns darauf verlassen können, dass Menschen, Klima und Umwelt nicht auf der Strecke bleiben.

1. Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

- Wir unterstützen die Forderungen von [Fridays for Future](#) – „Braunschweig muss handeln!“.
- Wir fordern eine Energie- und Solarwende, Verkehrswende, Bauwende, Waldwende (BBIWS) und Agrarwende.
- Braunschweig muss den Klimanotstand ausrufen (wie z. B. Wolfenbüttel, die EU, ...).
- Alle Beschlüsse und Maßnahmen von Rat, Bezirksräten und Verwaltung müssen unter einem Klimavorbehalt stehen.
- Bäume und Stadtgrün müssen in der Ermittlung der städtischen Klimabilanz als CO₂-Senke berücksichtigt werden.
- Die Zielvorgabe des Klimaschutzkonzeptes 2.0 der Stadt – Klimaneutralität bis 2050 – muss erheblich verbessert werden. Wir brauchen Klimaneutralität bis spätestens bis 2030 für eine klimagerechte Welt!
- Die BIBS unterstützt eine Bewerbung Braunschweigs bei der EU für das Förderprogramm *100 Städte klimaneutral bis 2030*.

1.1 Energie- und Solarwende

- Ganz Braunschweig bezieht seinen Strom- und Wärmebedarf bis spätestens 2035 vollständig aus regenerativen Energien (u. a. Photovoltaik auf allen geeigneten Dächern, Energieeinsparung und Abwärmenutzung) aus Stadt und Region.
- Braunschweig braucht ein Ausbildungszentrum für Fachkräfte für die Energiewende (z. B. Elektriker:innen für den Bau von Photovoltaikanlagen).
- Wir wenden uns gegen Förderung, Import und Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas sowie LNG (Fracking-Gas), insbesondere sind wir für den Erhalt der Natur anstelle eines Ölschieferabbaus in der Gegend Hondelage/Wendhausen.
- Wir wenden uns gegen den Einbezug von CCS-Technik (Carbon Capture and Storage) im Klimaschutzkonzept 2030 der Stadt.
- Wir fordern von BS|Energy eine Selbstverpflichtung zum Verzicht auf die Verbrennung von Frisch- und Restholz im neuen Heizkraftwerk Mitte.
- Langfristig setzen wir uns ein für ein Ende der Verbrennung von Holz, Bäumen und Wäldern.
- Die Verbrennung von Altholz im neuen Heizkraftwerk Mitte darf nicht im Klimaschutzkonzept 2.0 der Stadt als CO₂-Einsparung gewertet werden, weil BS|Energy keine Wälder hat, in denen so viel Holz nachwächst, wie im Kraftwerk verbrannt wird (keine CO₂-Neutralität). Die Verbrennung von Altholz zur Energieerzeugung setzt hohe Abfallmengen voraus. Sie entstehen durch kurzlebige Produkte in einer durch Hochkonsum charakterisierten Gesellschaft. Dieser Gesellschaftstyp muss zur Bewältigung der Klimakrise überwunden werden. Zur Nachhaltigkeit gehört ein langes Baumleben, keine schnelle Abfolge von Pflanzen und Ernten. Aus diesen Gründen kann Altholzverbrennung nur eine schlechte Übergangslösung für das Heizkraftwerk sein.
- Energieversorgung: sowohl kommunal wie auch dezentral z. B. durch Mietmodelle, Bürger:innengenossenschaften, Energieinitiativen, Eigenversorgung usw.
- Energieversorgung soll nicht profitorientiert sein.

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

1.2 Verkehrswende

Spätestens 2030 sind die Bürger:innen aus Stadt und Region nicht mehr auf das Auto angewiesen. Die Angebote für den Umweltverbund - zu Fuß gehen, Fahrrad fahren, öffentlicher Nah- und Fernverkehr - sind schneller, bequemer und preiswerter. Die Stadt ist wieder viel lebenswerter, weil sie nicht mehr vom Autoverkehr dominiert und erdrückt wird. Dadurch werden viele Ampeln überflüssig. Flächen, Geld und Personal wurden zugunsten des Umweltverbundes und des Stadtgrüns neu aufgeteilt. Für Gewerbe und für Gütertransporte gibt es klimaschonende und sanfte Alternativen zum Kraftfahrzeug. Die neue sanfte Mobilität schont das Klima, die Gesundheit, die Nerven und die Stadtkasse.

1.2.1 Mobilität zu Fuß und mit dem Fahrrad

Eine „Stadt der kurzen Wege“ (Mischung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung (z. B. Lebensmittelmärkte), Erholung und Freizeit) lädt ein zum Zu-Fuß-gehen, verweilen und Fahrrad fahren. Eine Planung so ambitioniert und kreativ wie in Kopenhagen oder in den Niederlanden führt zu einer Steigerung des Radverkehrsanteils auf deutlich mehr als 50 %.

Verbesserungen für den Fußverkehr

- Es sollen mindestens zwei Millionen Euro jährlich für Verbesserungen für Fußgänger:innen eingesetzt werden.
- Planung von Gehwegen und Plätzen nach den Empfehlungen des [FUSS e. V.](#)
- Plätze und Gehwege werden weitgehend durch Bäume beschattet.
- Zum Überqueren breiter Straßen werden in kurzen Abständen Aufstellflächen in der Straßenmitte eingerichtet.
- Barrierefreie Gestaltung (u. a. Bordsteinabsenkung auf null, Riffelsteine für Blinde und alle Haltestellen barrierefrei).
- Ampeln werden idealerweise abhängig vom restlichen Autoverkehrsaufkommen so viel wie möglich abgeschaltet.
- E-Roller, die auf Gehwegen im Wege liegen oder stehen, werden auf Aufforderung umgehend entfernt.
- Ein zuverlässiger Winterdienst für Fußwege und Übergänge ist sicherzustellen und ausreichend zu kontrollieren.
- Bei Umbauten und Erneuerungen werden die Gehwege „schöner“ gestaltet, [wie z.B. in Berlin](#). Dort werden Funktionsbereiche in Abgrenzung zu den eigentlichen Gehwegen in hübschem Kleinpflaster gestaltet (um Laternen, Ampeln, Stromkästen herum, nah an Hauswänden, Sicherheitsstreifen zur Straße). Soviel wie möglich werden Randstreifen entsiegelt und bepflanzt.

Fahrradstadt Braunschweig

- Schnellstmögliche Umsetzung *aller* Forderungen des Braunschweiger Radentscheids (vom Rat 2020 nur teilweise übernommen).
- Übernahme des [Velorouten-Netz-Vorschlages](#) der Fahrrad- und Verkehrsinitiativen vom Februar 2021.
- Jährlich zehn Millionen Euro in den Haushalt für die regelmäßige Förderung des Radverkehrs plus einmaliger Investitionen (ggf. mit Fördermitteln von außen).
- 40 weitere Maßnahmen und Forderungen für den Radverkehr - siehe **Anlage**.

1.2.2 Verbesserung des Öffentlichen Personenverkehrs

- Nulltarif in Braunschweig!
- Verhandlungen mit dem Regionalverband, dem Land und der Bahn AG mit dem Ziel, den Nulltarif mittelfristig auch regional einzuführen.
- Bahnen und Busse tagsüber spätestens alle 10 Minuten.

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

- Ein ausreichendes Angebot auch abends und in der Nacht.
- Vernetzte intelligente Verkehrslogistiksysteme in Umland und Region (z. B. Rufbusse).
- Zügiger Ausbau der Stadtbahnlinien (bei größtmöglichem Schutz der Natur).
- Einen Tarifvertrag und faire Arbeitsbedingungen für die Transportbranche in der Region.
- Eine Ausbildungsinitiative für Personal für den öffentlichen Verkehr.
- Permanente Optimierung des Liniennetzes (weniger und schneller umsteigen).
- Ständige Verbesserung der Umsteigebeziehungen zum Regionalverkehr.
- Durchsetzung des Ratsbeschlusses zur Vorrangschaltung für Busse und Bahnen.
- Garantierte Fahrrad- und Lastenmitnahme zu allen Tageszeiten.
- Ziel Winterdienst: kein Ausfall des ÖPNV bei Schneefall! Dafür soll die Stadt der Verkehrs-AG Hilfe leisten, zuerst für die Stadtbahnen, dann für die Straßen mit Buslinien (einschließlich aller Haltestellen) und für die Haupttrouten des Radverkehrs).
- Radabstellanlagen aller Qualitätsstufen, Schließfächer und Licht an alle Haltestellen.
- Beschleunigung des Ausbaus der Barrierefreiheit.
- Permanente Optimierung der Fahrgastinformationssysteme.
- Weitere Reaktivierung stillgelegter Bahnhöfe und Schienenstrecken in Stadt und Region.
- Keine weitere Anschaffung von Diesel- oder Hybridbussen.
- Antrieb aller Busse und Regionalbahnen mit regenerativen Energien bis 2030.
- Prüfung und Anregung einer sukzessiven Umstellung der Stadtbahnen auf Normalspur (mittels dritter Gleise jeweils bei Erneuerungen).

1.2.3 Kraftfahrzeugverkehr reduzieren

Verkehrsvermeidung

- Ziel: Braunschweig wird bis 2030 zur „Autoarmen Stadt“ (Reduktion des Pkw-Verkehrs um mindestens 50 %).
- Stadt der kurzen Wege (Nutzungsmischung mit optimaler Erschließung durch den Umweltverbund). Keine neuen Siedlungsgebiete an der Peripherie (z. B. Stöckheim).
- Gewerbegebiete bekommen einen Bahnanschluss und werden optimal an den Umweltverbund angeschlossen.
- Keine Verlängerung der A392 von Watenbüttel durch die Okerauen (Wiesental) nach Veltenhof (steht im Bundesverkehrswegeplan 2030 als B214).
- Keine neue Stadtstraße Nord durch die Natur am Sackweg.
- Weitestgehende Umsetzung von home-office (u. a. bei der Verwaltung) unter sozialverträglichen Gesichtspunkten.
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe (Einkäufe von städtischen Firmen bei regionalen Unternehmen)
- Förderung von Car-Sharing, Ride-Pooling, Ride-Sharing.
- Ende des Ausbaus von Infrastruktur für den Kfz-Verkehr auf allen Ebenen (die Ersparnis finanziert alle Klimaschutzmaßnahmen!).
- Ein erstes autofreies Stadtviertel bis 2030.

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Verkehrsverlagerung

- Verkehrsverlagerung des Kraftfahrzeugverkehrs auf den Umweltverbund (Fuß- und Radverkehr sowie öffentlicher Nah- und Fernverkehr) sowie von Güterverkehr auf die Bahn.
- Innenstadt autofrei bis 2030 (außer Notfallfahrzeuge, Behindertentransport, Lieferverkehr und Taxen).
- Tempo 30 in allen Gebieten mit geschlossener Bebauung und auf allen Straßen ohne sichere getrennte Radverkehrsanlagen.
- Verminderung von Kfz-Fahrspuren.
- Durchfahrtseinschränkungen ab Ringbereich.
- Parkraumbewirtschaftung und -reduktion im gesamten Stadtgebiet.
- Höhere Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet einschließlich der Parkhäuser.
- Förderung Radverkehr (Radentscheid Braunschweig, Punkte 23 – 28 BIBS-Klimahaushalt 2020).
- Wesentlich verbesserte ökologisch verträgliche Radverkehrsinfrastruktur.
- Nulltarif im öffentlichen Verkehr.
- Gut vernetzter ÖPNV (Bessere Kopplung Bahn – Bus), auch mit dem überregionalen Bahnverkehr.

Neue Antriebsformen für Kraftfahrzeuge

- Umstellung der Stadtbushlinien auf Antriebe mit regenerativen Energien bis 2030.
- Desgleichen Umstellung aller Dienstleistungsfahrzeuge wie Müll-, Bau- und Reinigungsfahrzeuge.
- Bis zur Realisierung der Verkehrswende fordern wir als Übergangslösung einen beschleunigten Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobile, insbesondere in den stadt- und ringnahen Wohngebieten. Eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Lademöglichkeiten muss kommunal gesteuert werden. Für die Schaffung der neuen Lademöglichkeiten sollen ausschließlich bereits vorhandene Parkplätze genutzt werden.

1.2.4 Güterverkehr - Güter auf die Bahn

- Anlieferungen zum Heizkraftwerk nur über die Schienenanbindung – keine Lkws.
- Kein Rückbau von Gleisanlagen – Reservierung der Flächen für zunehmenden Bahnverkehr.
- Gebührenerhebung für die Nutzung von Diesel-Lkws im Stadtgebiet.
- Projektförderung für klimaschützende City-Logistik.
- Planung und Bau von mindestens vier Güterverteilzentren für die Umladung zwischen Bahn und Citylogistik.
- Planung von neuen Gleisanschlüssen für die Industrie.
- Anbindung der Standorte von Volkswagen Werk BS an das Schienennetz bis in das Logistikzentrum Harvesse - Güterverkehr zwischen den Produktionsstandorten grundsätzlich über die Schiene.
- Ein Forschungsprojekt zur Nutzung der Stadtbahnlagen für die Güterfeinverteilung.
- Fortsetzung und Ausbau der Förderung von Lastenrädern und Fahrradanhängern für Gewerbe und Privatleute.

1.2.5 Flughafen nicht subventionieren

- Ende der Flughafenförderung (jährlich 10 Mio. Euro Steuergelder).
- Wiedereröffnung der gesperrten Grasseler Straße über die so gut wie nie benötigte verlängerte Landebahn mit einer Schrankenlösung (wie in Gibraltar).
- Keine nationalen Linien- und Charterflüge.

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

- Rückstufung des Flughafens zum Werksflughafen, wie im AMD-Sigma-Gutachten und von der KGSt empfohlen.

1.3 Bauwende

Ziele: bis 2035 energetische Sanierung von 60% der Gebäude, Umstellung auf Wärmepumpenheizung (60 - 80% der Gebäude), Hinterfragung zu hohen Wohnraumbedarfs pro Person; Installation von Photovoltaik und / oder Solarthermie.

Energetische Gebäudesanierung

- Steigerung der jährlichen Rate auf 4 % (deutschlandweit derzeit 1 %).
- Effizienzgrad Passivhaus- oder zumindest KfW-55-Standard.
- Verpflichtende Sanierung bei Eigentümerwechsel.

Regenerative Energien nutzen

- Zusätzlich Verpflichtung für Photovoltaik und / oder Solarthermie (Installation oder Nutzung) bei Eigentümerwechsel oder Dachsanierung.
- Verpflichtende individuelle Energieberatung mit Sanierungsfahrplan durch eine kommunale Agentur wie z. B. die Verbraucherzentrale oder die Regionale Energie- und Klimaschutzagentur e. V. (reka).
- Förderung der Beratung und aller o. g. Maßnahmen durch die Stadt.
- Förderung von Kleinst-PV-Anlagen (sog. „Balkonkraftwerke“) z. B. durch Außensteckdosen.

Kostendrittelungsmodell für faire und soziale Mieten

- Die Kosten für Isolation und Gebäudetechnik für Klimaschutz-Investitionen zur Senkung von Heizkosten: werden geteilt zwischen Vermieter:innen, Mieter:innen und der öffentlichen Hand.

Klimaschonende Neubauten

- Effizienzgrad mindestens Passivhaus-, besser Plusenergiehaus-Standard.
- Verbot von Verbrennungsheizungen (Holz, Pellets, Kohle, Öl- oder Gas).
- Verpflichtung für Photovoltaik (Strom) und / oder Solarthermie (Wärme).
- Verpflichtender Einsatz umweltschonender Materialien.

Umwelt

2. Umwelt

2.1 Atomkraft und Radioaktivität

- Braunschweig muss einen Katastrophenschutzplan für einen Atomunfall bei Eckert & Ziegler erstellen oder erwirken.
- Braunschweig muss daran mitwirken, dass die Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler reduziert wird.
- Braunschweig soll sich dafür einsetzen, dass die Atomanlage von Eckert & Ziegler verlegt wird.
- Braunschweig muss die Gesundheit seiner Bürger:innen gewährleisten und im Bedarfsfall selbst Maßnahmen gegen die Gefährdungen durch die Braunschweiger Atombetriebe ergreifen.
- Grundlegender Ausschluss von Atombetrieben im Stadtgebiet in neuen B-Plänen.
- Braunschweig soll einen Ansprechpartner für das Thema Anti-Atom stellen.
- Braunschweig soll Schacht Konrad als Endlager ablehnen.
- Braunschweig soll konsequenterweise das zentrale Eingangslagers für Schacht Konrad auch ablehnen.
- Braunschweig soll darauf hinwirken, die Rückholung des Atommülls aus der ASSE zu beschleunigen.
- Die Entscheidung für den Standort des Atommüll-Zwischenlagers und der Konditionierungsanlage für den zurückgeholten Asse-Müll muss transparent und wissenschaftlich fundiert erfolgen.

2.2 Baumschutz und Stadtgrün – FÄLLSTOPP!

- Eine Gehölzschutz- und -fördersatzung.
- Mehr Grün, Bäume und Natur. Jedes Jahr mindestens 10.000 Bäume und Büsche neu pflanzen und Ersatz aller abgängigen Bäume..
- Regenwasserspeicherung und -versickerung einführen für das Gießen des Stadtgrüns und gegen das Absinken des Grundwasserspiegels (dafür kommunale Förderung einrichten).
- Jährlich 30 Mio. € mehr für den Fachbereich Stadtgrün und Sport für die o. g. Punkte.
- Einflussnahme auf Entscheidungen des FB Stadtgrün und Sport.
- Einsatz für den Schutz von Bäumen und Grünflächen (projekt- und anlassbezogen - Beispiele: Jasperallee, Flughafen, Viewegs Garten, Bahnstadt, Zeppelinstraße, Blutbuche Waggum, Hagenmarkt, Stadtstraße Nord, Ebertallee usw.).

2.3 Biodiversität, Natur- und Artenschutz

- Verbindliche vollständige Einstellung kommerzieller Waldnutzung in Stadt und Region bis 2025 (nötigenfalls durch städtische Übernahmen), Umstellung auf naturnahe Waldbewirtschaftung (Lübecker Modell) und Einplanung von jährlich 10 Mio. Euro dafür in den städtischen Haushalt.
- Entsiegelung und Renaturierung aller illegal angelegten Schottergärten mit Hilfe einer neuen Stelle.
- Verbot des Einsatzes von Glyphosat und anderen Umweltgiften und Unschädlichmachung der Restbestände.
- Campusbahn – kritische Betrachtung einer Brückenquerung des Feuchtbiotops Bültengraben/Mittelriede/Wabe unter Berücksichtigung der Alternativvorschläge der damit befassten Initiativen.
- Kleingärten als Stadtgrün erhalten und nicht in Bauland oder Verkehrsflächen umwandeln.
- Kleingärten sind wichtige Erholungsorte. Sie dienen der Selbstversorgung, dem Aufenthalt in freier Natur und spielen eine wichtige Rolle für Stadtklima und Artenschutz. Sie müssen grundsätzlich als Stadtgrün erhalten und nicht in Bauland oder Verkehrsflächen umgewandelt werden.
- Insektenschutz nach den [Tipps des BUND](#) umsetzen – vor allem weniger mähen, jäten und zurückschneiden (auch wichtig für die Vögel und für das Mikroklima).

Umwelt

- Jegliche Beleuchtung minimieren sowie insektenfreundlich und sparsam gestalten.
- Verbot der Nutzung der ökologisch schädlichen [Laubbläser](#).
- Maximal mögliche Entsiegelung der Stadtfläche und Erstellung eines Versiegelungskatasters.
- Errichtung einer Pflegeabteilung zur Pflege von besonders wertvollen Biotopen, Landschafts- und Naturschutzgebieten, Kompensationsflächen und Pflegeflächen der Verbände.
- Unterstützung von extensiven Ganzjahres-Beweidungsprojekten.
- Förderung der Biolandwirtschaft, z. B. auf verpachteten städtischen Flächen.
- Jährliche Durchsetzung eines Naturschutzgebietes mit erheblich verbesserten Schutzregeln.
- Erhöhung der Mittel aus dem Ökotopf auf 200.000 € mit kontinuierlicher Aufstockung (Ausgleich Inflationsrate), Erhöhung der Projektlaufzeiten auf drei Jahre und Teilumschichtung zugunsten institutioneller Förderung.
- Interne und externe Öffentlichkeitsarbeit durch die Verwaltung für ein Umdenken, öffentliche und private Grünflächen naturnäher zu belassen (Rasen- und Freiflächen wachsen lassen, dann siedeln sich dort kleine Pflanzengemeinschaften an, die über den Winter stehen bleiben sollten).
- „Bienen“-Blühstreifen sollten auch dazu dienen, bestehende oder einzurichtende Biotope flächendeckend miteinander zu verbinden.
- Entwicklung eines ökologisch nachhaltigen Pflegeplans für alle Parks und Grünflächen, (z.B. Förderung der Humusbildung unter Bäumen und Sträuchern durch Liegenlassen von Laub auf Baumscheiben. Das Laubräumen in Parks minimieren und direkt vor Ort an geeigneten Stellen kompostieren, dadurch Schutz und Versteckmöglichkeiten für Fauna.
- Umwandeln der Grasflächen weitgehend in Kräuterrasenflächen, die weiterhin als Liegewiesen genutzt werden können, aber wesentlich artenreicher und widerstandsfähiger sind auch in heißen Sommern (siehe Witt, Klimawandel Fluch oder Chance).
- Erweiterung und Verstetigung des Runden Tisches aus Umweltschutzinitiativen, Verwaltung und Politik.

2.4 Nachhaltige Beschaffung

- Bei städtischen Ausschreibungen und Beschaffungen muss Nachhaltigkeit zu einem wichtigen Kriterium werden. Recycling-, regionale Bio- und Fairtrade-Produkte sind zu bevorzugen, Wiederverwendung muss Vorrang vor Neukauf haben (Beispiel Gehwegplatten).
- Behörden sollen ausschließlich Papier mit Umweltsiegel verwenden ([Blauer Engel](#)).
- Die Stadt muss sich auf allen ihr möglichen Ebenen aktiv für *Mehrweg statt Einweg* einsetzen.

2.5 Mobilfunk

- Keine Inbetriebnahme von 5G, solange eine Unbedenklichkeit nicht von unabhängigen Stellen nachgewiesen wurde für Menschen und Tiere, Bäume und andere Pflanzen.

Sozial miteinander

3. Sozial miteinander

3.1 Gesundheitsvorsorge - Klinikum Braunschweig

Warum wird das Gesundheitswesen immer noch sträflich von der Politik vernachlässigt? Braunschweig hat zwar sechs Landtagsabgeordnete in Hannover (vier sitzen auch noch mit im Rat der Stadt) und stellte mit Carola Reimann auch noch die Gesundheitsministerin, aber genutzt hat das dem Klinikum nichts.

Leitung und Personal wurden - selbst nach Beginn der Pandemie - im Stich gelassen, so das Ergebnis einer Beratung im Finanzausschuss vom November 2020. Schon länger ist bekannt: Das Klinikum ist drastisch unterfinanziert, die Stadt muss eine satte dreiviertel Milliarde Euro selbst stemmen, während die Kliniken in Göttingen und Hannover vom Land finanziert werden.

Wo bleiben Ex-Ministerin Carola Reimann, Christos Pantazis, Annette Schütze, Christoph Bratmann von der SPD, Oliver Schatta (CDU) und Susanne Schütz (FDP)?

Sebastian Wertmüller von der Gewerkschaft ver.di mahnte die Politik am 26.11.20 ab:

„Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die öffentliche Hand deutlich mehr in das Gesundheitssystem investieren muss als bisher. Immer wieder haben wir auf Fehlentwicklungen hingewiesen. Der Staat hat die hoheitliche Aufgabe der Gesundheitsversorgung viel zu stark vernachlässigt und in die Hände gewinnorientierter Konzerne gegeben. Das muss sich ändern.“ (Siehe [hier](#)). Es knackt gewaltig, sowohl in der Struktur der gesetzlichen Krankenhausfinanzierung, als auch bei der schlechten Bezahlung vor allem des Pflegepersonals.

Das muss sich sofort ändern. Erhöhen wir den politischen Druck. Ein zentraler Punkt, den die BIBS auf die Agenda der kommenden Wochen und Monate ganz nach oben gesetzt hat.

- Schluss mit der „Schwarzen Null“ bei den Betriebsergebnissen in den Kliniken.
- Für mehr und besser bezahltes Personal.
- Übernahme der Investitionen des Klinikums durch das Land.
- Wiederaufnahme Braunschweigs in das Gesunde-Städte-Netzwerk.
- Die BIBS ist Gründungsmitglied der bundesweiten Antiprivatisierungsinitiative APRI und von „[Gemeingut in Bürger:innenhand](#)“ (GIB) und unterstützt diese weiterhin.

3.2 Daseinsvorsorge, Privatisierungen und kommunale Finanzen

Wie wichtig die Versorgung mit Wasser, Strom, Kliniken und Wohnraum sind, zeigte sich bereits vor 20 Jahren. Da liefen die Privatisierungen zu traurigen Hochformen auf – die Energieversorgung, die städtische Wohnungsgesellschaft Nibelungen (NiWo), Abwasserbauten und komplette Ämter kamen auf die Verkaufsliste. Erst der massive Protest von Bürgerinitiativen wie z. B. „Rettet die NiWo“ stoppte das und leitete die Wende in Braunschweig ein:

- Die NiWo wurde gerettet (leider waren da bereits 1.000 der ca. 8.000 Wohnungen zu Spottpreisen an die Firma Semmelhaack in Hamburg verkauft).
- Die städtischen Ämter *Grundstücksverwaltung* und *Hochbauamt* wurden zwar aus der Verwaltung ausgegliedert und personell verschlankt, doch ebenfalls nach Protesten seitens der Beschäftigten und der BIBS zurück gegliedert. Jetzt erreichen die Ämter nicht mehr die Leistungsfähigkeit wie vor dem Privatisierungs-Abenteuer. Die Folge ist, dass seitdem Planung und Bau von Schul- und Kitagebäuden oder z. B. Feuerwehrhäusern durch private Generalunternehmen erledigt werden müssen.
- Der Verkauf der öffentlichen Wälder in Riddagshausen und in der Buchhorst ebneten der Vernichtung von Natur und Klima den Weg. Schluss damit – die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) unter öffentliche, zivile Kontrolle stellen!
- Ausgerechnet bei den Krankenhäusern sparen zu wollen (Stichwort „Schwarze Null“) bescherte dem Klinikum eine Gratwanderung bei der Bewältigung der aktuellen Virus-Pandemie. Keine weiteren Übertragungen kommunaler Aufgaben an private Dienstleister!
- Transparenz und verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Geldern. Nachhaltig wirtschaften, kein Geld in riskante Spekulationsgeschäfte investieren.
- Rekommunalisierung: wir setzen uns dafür ein, den teilveräußerten Wirtschaftsbetrieb BS|Energy, an dem die Stadt über die Stadtwerke zu 25,1 % beteiligt ist, wieder vollständig in die Hände der Stadt zu bekom-

Sozial miteinander

men, damit die Strom-, Fernwärme-, Gas- und Wasserversorgung als Bestandteil der Daseinsfürsorge wieder kommunal verwaltet und die Gewinnabschöpfung von anderen Anteilseignern unterbunden wird. Bei allen anderen Betrieben soll die Gesellschaftsform überprüft und eine Rückführung in direkte kommunale Verwaltung abgewogen werden.

- Nulltarif im öffentlichen Verkehr.

3.3 Mehr und bessere Beteiligung der Bürger:innen

- Bürger:innenrat einführen (<https://www.buergerrat.de/>).
- Austauschmöglichkeiten von Politik und Jugend erweitern: mehr Projektwochen, mehr Praktika in der Kommunalpolitik sowie Fortführung der [Jugendkonferenz](#) und des Jugendforums. Die Ergebnisse dieser Projekte müssen intensiver kommuniziert werden, damit Kinder und Jugendliche ihre Stadt tatsächlich aktiv mitgestalten können. Außerdem sollte ein Arbeitskreis zum Thema Beteiligung und Mitbestimmung angestrebt werden, um Beteiligungsprozesse zu optimieren.
- Eine verständlichere Amtssprache einführen.
- Für eine wertschätzende und respektvolle Kommunikation zwischen der Verwaltung und den BürgerInnen und Bürgern sowie den ehrenamtlich arbeitenden Kommunalpolitiker:innen.
- Für mehr Nachvollziehbarkeit und Transparenz bei Entscheidungen der Verwaltung.

3.4 Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien bekämpfen

In Braunschweig leben 15 % aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren laut Sozialatlas von 2017 in bedürftigen Familien, deren Situation sich durch die Corona-Pandemie vermutlich noch verstärkt haben dürfte. Besonders gefährdet sind Kinder und Jugendliche, deren Eltern arbeitslos sind, von allein erziehenden Eltern, mit mindestens zwei Geschwistern und mit gering qualifizierten Eltern. [Kinder- und Jugendarmut](#) konzentriert sich in erhöhtem Maße auf die Stadtbezirke Viewegs Garten/Bebelhof, Weststadt, Westliches Ringgebiet und Nordstadt. Um diese Situation zu ändern, setzen wir uns insbesondere hier für folgende Maßnahmen ein:

- Die Sanierung von Schulgebäuden muss beschleunigt, die digitale Ausstattung der Schulen verbessert und das Defizit an Sport- und Schwimmhallenplätzen muss schnellstens behoben werden.
- Verstärkter Einsatz der „streetworker“ zum Schutz der Kinder und Jugendlichen.
- Rechtlicher Schutz von ausreichendem Spiel- und Freiraum, deren Vernetzung und sicherer Erreichbarkeit sowie deren Ausstattung auch bei zukünftiger Verdichtung.
- Revitalisierung des Spielmobils, das zu bestimmten festen Zeiten Spiel- und Freizeitflächen anfährt und verlässliche Angebote vornimmt.
- Erhöhung der Förderung von verhaltensauffälligen oder entwicklungsverzögerten Kindern in Kitas mit besonderem Unterstützungsbedarf.
- Sicherstellung des Einsatzes von Schulsozialarbeiter:innen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen.
- Einsatz von Medienbeauftragten, die speziell einkommensschwachen Familien bei der Schulung, der Ausstattung mit technischen Geräten und der Wartung für den Online-Unterricht zur Verfügung stehen.
- Schülercoaching für eine Stärkung der Kinder und Jugendlichen bei sozialen Problemen und Konflikten sowie tagesstrukturierende Trainingsangebote.
- Weitere Einrichtung von praxisorientierten 10. Schulklassen, wie in der Hauptschule Sophienstraße bereits erfolgt.
- Weitere Unterstützung der Vorbereitungskurse zur Erlangung eines externen Hauptschulabschlusses.
- Ausbau der Resilienzförderung des Programms „Starke Kinder und Jugendliche in Braunschweig“, deren drei Säulen auf das Konzept der Peer-Group-Education, auf Systemisches Denken und Handeln sowie auf die Lebensweltorientierung ausgerichtet sind.
- Weiteres Anlegen von Out-Door-Freizeitflächen für Jugendliche und junge Erwachsene.
- Weitere Förderung der Abenteuerspielplätze.

Sozial miteinander

- Bei allen Bau- und Verkehrsprojekten ist Kinder- und Jugendfreundlichkeit ein Kriterium, das immer zu berücksichtigen ist.
- Adäquate Versorgung von Ganztagschulen (Möbiliar, Mittagessen, Räumlichkeiten).
- Kostenlose Hausaufgabenhilfe, Sprachkurse und Nachhilfeunterricht für geflüchtete und von Armut betroffene Kinder.
- Günstige Familientickets für den öffentlichen Verkehr für Stadt und Region (Ziel: Nulltarif für alle).
- **Wiedereinführung der Förderlehrer*innen in der Primarstufe.** Einige wenige Kinder sind in regulären Grundschulklassen u. a. durch Personalmangel nicht ausreichend förderbar. Diese Kinder darf man nicht einfach abschreiben und erst ab Klasse 5 fördern.

3.5 Soziale Schieflagen reduzieren

- Die Konzentration verstärkter Armut in einzelnen Stadtgebieten aufbrechen.
- Unterstützung der Belange der Sinti und Roma auf dem Platz am Madamenweg.
- Eine Halbtagsstelle für das Iglu (Tagestreff für Wohnungslose). Es gibt in Braunschweig ca. 500 Obdachlose, davon ca. 50 Draußenschläfer ohne Dach über dem Kopf. An Wochenenden ist das Iglu unterbesetzt. Ausgebildete Sozialarbeiter:innen stehen nur in Rufbereitschaft, wären aber vor Ort nötig zur Krisenintervention. Um diesen Mangel zu beheben und um auch in der Woche die beiden in Vollzeitkräfte zu unterstützen, ist eine zusätzliche halbe Sozialarbeiter:innenstelle dringend erforderlich.
- „Kulturgutscheine“ für einkommensschwache Menschen.
- Ausbau der Nachbarschaftshilfe für Alleinstehende und Einsame.
- Erhalt der finanziellen Unterstützung der Suchthilfe von Lukas-Werk und DROBS, mit Schaffung von langfristigen vertraglichen Regelungen (Anpassung der Finanzierung im Rahmen der Lohnkostensteigerung).
- Keine Kürzung der Mittel für das Frauenhaus.
- Weiterer Ausbau von Bürger:innen- und Familienzentren.
- Sicherstellung von zusätzlichen Lebensmittelausgaben sowie einer täglichen warmen Mahlzeit durch die Vereine Parkbank e. V. und Kinderschutz e. V., die gerade auch in Krisenzeiten mit temporären finanziellen sowie personellen Hilfestellungen der Kommune ausgestattet werden sollten.
- Langfristige Sicherstellung der Finanzierung des Quartierszentrums Hugo-Luther-Straße, das derzeit noch aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert wird.

3.6 Gegen Altersarmut

- Zusätzlicher Heizkostenzuschuss für bedürftige Senior:innen nach britischem Modell „Winter Fuel Payment“ (100 € – 300 € pro Winter - ältere Menschen frieren leichter).
- Freie Fahrt im ÖPNV für alle Menschen ab 65 (ähnlich dem britischem „[Freedom Pass](#)“).
- Gesunde Ernährung als Standard für alle Pflegebedürftigen:
 - In den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern Braunschweigs müssen alle Pflegebedürftigen und Kranke, nicht nur privat versicherte, eine [vollwertige Ernährung](#) erhalten, die der Gesundheitsvorsorge dient.
 - Menschen, die von einer Gemeinschaftsversorgung abhängig sind, dürfen nicht einer unzureichenden Ernährung ausgeliefert sein. Ein Mangel an Mikronährstoffen schwächt das Immunsystem.
 - Auch schädigende Zusatzstoffe wie Phosphate, Nitrite, Glutamate oder Transfette müssen in der Ernährung vermieden werden.
 - Das Bewusstsein, dass eine vollwertige Ernährung für die Gesundheit von zentraler Bedeutung ist, muss vermittelt werden. Billiges Essen schadet nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der Gemeinschaft.

Sozial miteinander

- Dem Kostendruck in der Pflege durch die Profitinteressen ist wirksam zu begegnen, denn dieser Bereich gehört zur allgemeinen Daseinsvorsorge.
- In [Kindergärten, Schulen, Kantinen](#) gelten diese Anforderungen ebenso.

3.7 Gleichstellung fördern

Die BIBS lehnt jegliche Form von Diskriminierung ab, von Sexismus, Gewalt, Ausgrenzung oder Beleidigung.

- Trotz auf dem Papier bestehender Gleichstellung gibt es weiterhin großen Handlungsbedarf. Die Stadt als Arbeitgeberin hat Vorbildfunktion für alle anderen Unternehmen. Die Besetzung von Führungspositionen ist noch nicht zufrieden stellend. Der Kriterienkatalog, der für die Einstellung zugrunde gelegt wird, muss faire Chancen für Frauen bieten, die Leitungsverantwortung übernehmen wollen. Dabei sind insbesondere die unterschiedlichen Lebensentwürfe von Männern und Frauen zu berücksichtigen. Bezahlte und unbezahlte Betreuungsarbeit muss als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt und im Kriterienkatalog für Personalentscheidungen im Öffentlichen Dienst berücksichtigt werden.
- [Gendergerechte Sprache](#) in Rat, Verwaltung und Behörden.
- In allen kommunalen Entscheidungsgremien ist eine Quotierung mit dem Ziel 50/50 erwünscht. So sollte z. B. eine paritätische Besetzung von städtischen Kommissionen, Jurys und Beiräten erreicht werden, besonders wenn es um die Vergabe von Fördermitteln geht.
- Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind gute strukturelle Rahmenbedingungen wie z.B. die Ermöglichung flexibler Arbeitszeiten und Homeoffice sowie eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung notwendig.
- Für alle Arbeitsstellen in der Stadt und in jedem Einzelfall muss selbstverständlich der Grundsatz gelten. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit! ([Equal Pay](#)) Diese sollte immer existenzsichernd sein.
- Wir unterstützen [LGBTQIA+](#)-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans, Inter) und [PoC](#) (Persons of Color) in ihrem Anliegen, ein gleichberechtigtes Leben zu führen. Auch sie sollen von der Gleichstellungsbeauftragten vertreten werden.
- Genderpolitik muss alle Politikbereiche umfassen. Bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung müssen die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen berücksichtigt werden. Dazu gehören z. B. eine dezentrale Infrastruktur, kurze Wege und Vermeidung von Angst-Räumen. In diesem Sinne ist auch die Unterbringung von weiblichen und queeren Geflüchteten zu überprüfen und anzupassen.
- Wir wünschen uns eine größere Sichtbarkeit von Frauen auch bei der Namensgebung von Plätzen, Straßen, Gebäuden und Institutionen.
- Sicherheit und soziale Absicherung für Menschen, die sich prostituieren nach dem „[Nordischen Modell](#)“ aus Schweden. Dieses Modell besteht aus 1.) Entkriminalisierung der Prostituierten, 2.) Kriminalisierung der Sexkäufer und Betreiber und 3.) Finanzierung von Ausstiegsprogrammen für Prostituierte. Es wurde bereits in mehreren Ländern in die Praxis eingeführt (Schweden, Norwegen, Island, Kanada, Frankreich, Irland, und Israel) und ist wesentlich zielführender, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, als die hieszulande geltende Gesetzgebung. Die BIBS setzt sich dafür ein, dass die Stadt sich an dieses Modell annähert, indem sie Ausstiegsprogramme anbietet und finanziert.

3.8 Inklusion fördern

- Unterstützung von beeinträchtigten Menschen (z. B. durch Gebärdensprache bei Veranstaltungen für Gehörlose) und ihrer Interessenvertretungen.
- Barrierefreie Gestaltung der Stadt im Zuge der Verkehrswende (u. a. alle Haltestellen, Bordsteinabsenkung überall auf null, Riffelsteine für Blinde).
- Barrierefreie Sitzungsorte für alle kommunalen Gremien und die Zuschauer:innen.

3.9 Willkommenskultur

Durch Initiativen wie das [Welcome House](#) und [ART \(Aktiv für Respekt und Toleranz\)](#) setzen wir uns für eine buntere Gesellschaft und ein respektvolles Miteinander ein.

Sozial miteinander

- Projekte im Rahmen „[Sicherer Hafen](#) Braunschweig“, insbesondere um geflüchtete Kinder und Familien aus griechischen Lagern aufzunehmen.
- Weitere finanzielle Unterstützung der Flüchtlingshilfe.
- Keine Diskriminierung Geflüchteter durch Polizei und Behörden.

Frieden bewahren, aus der Geschichte lernen

4. Frieden bewahren, aus der Geschichte lernen

4.1 Europäische Solidarität statt Nationalismus

Die BIBS steht für Völkerverständigung. Sie hat durch Aufarbeitung der herzoglich-braunschweigischen Kriegsverbrechen die Grundlagen für eine Erinnerungspartnerschaft mit dem belgischen Ort Roselies geschaffen und ist Teil der Sammlungsbewegung für ein solidarisches Europa ohne Grenzen.

Glaubwürdige Europapolitik geht nur über einen Bruch mit den Anleihen bei *autokratischer Residenzstadt* und *Fürsten-Herrlichkeit* (und mit entsprechenden Verklärungen). Dem kommen die zur historischen Aufarbeitung Berufenen wie Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, Landesmuseum, Arbeitskreis Andere Geschichte, Braunschweigischer Geschichtsverein sowie historische Institute der TU für Regionalgeschichte bislang nicht nach.

Ein besonderes Kennzeichen Braunschweigs ist, dass es international strukturiert ist. Zum einen ist insbesondere Volkswagen vor Ort und in der Region durch eine weltweite Ausrichtung bestimmend; des Weiteren Siemens, Alstom und die Salzgitter AG. Daneben sind die Hochschulen TU BS, HbK und Ostfalia durch Ihre Studierenden und Kooperationen weltweit vernetzt. Die Bevölkerungsstruktur Braunschweigs weist nicht zuletzt dadurch einen hohen Anteil von Menschen mit Einwanderungshintergrund auf. Dieses Potenzial von Vielfalt muss genutzt und gefördert werden und sich im kommunalen Zusammenleben verstärkt in der Kommunalpolitik niederschlagen.

- Die Vernetzung von weltweiten und europäischen Städten und Regionen muss ausgebaut werden.
- So sollten Braunschweig und die Region versuchen, eine Partnerschaft in Afrika aufzubauen und auch Städtepartnerschaften mit weiteren in EU-Staaten herzustellen.
- Auch sollte das Event „Braunschweig international“ auf noch breitere Füße gestellt werden.
- Kulturelle Veranstaltungen sollten vermehrt international ausgerichtet werden, so auch auf öffentlichen Plätzen der Stadt und im Haus der Kulturen.
- Das „filmfest Braunschweig international“ muss in seinem Bestand gesichert und weiterentwickelt werden.
- International ausgerichtete Sportveranstaltungen sollten vermehrt in Braunschweig mit regionalen Partnern stattfinden.
- Schulen, die internationale Partnerschaften eingehen wollen, sollen besonders gefördert werden.
- Braunschweig sollte sich stärker für die Aufnahme von notleidenden Geflüchteten aus Lagern in Bosnien und Griechenland einsetzen.

4.2 Engagement im Bündnis gegen Rechts

Die BIBS stellt sich klar gegen Rassismus und lehnt jegliche Form von Ausgrenzung, Diskriminierung, Sexismus und Gewalt ab. Wir unterstützen Initiativen wie die [Black-Lives-Matter](#)-Bewegung und setzen uns im Rat und auf der Straße für die [Seebrücke](#) ein, um Menschen in Not einen [sicheren Hafen](#) zu bieten.

- Aktive Mitarbeit im Braunschweiger [Bündnis gegen Rechts](#).
- Für ein Ende der Genehmigung von Kundgebungen und Aufzügen von oder mit rechtsradikalen oder faschistischen Organisationen.
- Für die Verhinderung von Parteitag und Veranstaltungen von Parteien, die mit rechtsextremen Gruppen wie der NPD, Der Rechten oder dem AfD-Flügel verflochten sind.
- Unterstützung von Aktiven gegen Diskriminierung und Repressionen durch Versammlungsbehörden, Ordnungsamt und Polizei (u. a. von der Seebrücke, antifaschistischen Gruppen und aus Klimaschutzinitiativen).

4.3 Schluss mit Welfenglorifizierung und Geschichtsklitterung

- Widerstand gegen die Borek'schen Vorstellungen der „Residenzstadt Braunschweig“ ([siehe hier](#)).
- Aufklärung über die tatsächlichen Vorgänge 1918/19 in Braunschweig.
- Aufklärung über die Verstrickung der Welfen in Nazigeschäfte.

Frieden bewahren, aus der Geschichte lernen

4.4 Erinnerungskultur und Denkmale

- Kritische Aufarbeitung historischer Vorgänge, Bewertung nach Maßstäben humanistischer Wertvorstellungen von Gleichheit, Freiheit und Geschwisterlichkeit.
- Demokratisches Grundverständnis fördern statt Heldenverehrung.
- Aufwertung der Gedenkstätten Buchhorst und Schillstraße.
- Straßennamen aus heutiger Sicht neu bewerten.
- Ergänzung/Überarbeitung der Informationstafel „Erinnerungsort historische Garnisonsstadt Braunschweig“ (Auf der Gedenktafel wird zwar von den Soldaten als Opfer gesprochen, die in den Kolonialkriegen des Kaiserreichs missbraucht worden seien. Von den eigentlichen Opfern des Völkermords, nämlich den ermordeten Herero und Nama, findet sich auf dieser Gedenktafel leider nichts. Die Stadt hat erst vor kurzem anlässlich der Überarbeitung des [Kolonialdenkmals](#) an der Jasperallee festgestellt: „2015 wurden die Ereignisse vom deutschen Auswärtigen Amt erstmals als Völkermord bezeichnet, ein Jahr später erkannte die deutsche Regierung erstmals auch in einem offiziellen Dokument die Massaker an den Herero und Nama als Völkermord an.“

Aus diesem Grund ist es nun an der Zeit, die Opfer dieses Völkermords auch in die Gedenkstätte mit einzu beziehen und den Völkermord klar als solchen auf der Gedenktafel zu benennen.) [Black Lives Matter](#) – das sollte auch für Braunschweig gelten!

4.5 Engagement in der Friedensbewegung

Unser Anliegen ist es, Braunschweig zu einer Friedensstadt zu machen, die friedliche Konfliktlösungen fördert und die sich für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag einsetzt. Wir stehen für:

- die Stärkung einer widerstandsfähigen Demokratie mit stärkerer Beteiligung der Basis,
- eine Unterstützung des [Friedensbündnisses](#), des [Friedenszentrum Braunschweig e.V.](#) und eine Fortsetzung der Kontinuitätsförderung für die Öffentlichkeitsarbeit des Friedenszentrums,
- die Abschaffung von Atomwaffen, den Abbau von Militär, Rüstung, Waffenhandel und Wirtschaftssanktionen, für Zukunftsaspekte einer Politik der Verständigung auf der Grundlage einer globalen Sicherheitsethik, für eine gerechte Verteilung und für die Einhaltung der UN-Menschenrechte,
- die Schaffung eines Friedensdenkmals in Braunschweig.

Stadtentwicklung und Wirtschaft

5. Stadtentwicklung und Wirtschaft

5.1 Klimahaushalt

Die Kosten für die Folgen der Klimakatastrophe übersteigen jedes vorstellbare Maß. Daher ist jeder für Klimaschutz ausgegebene Euro eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft.

- Die BIBS setzt sich für einen Klimahaushalt ein: eine Umschichtung von klimaschädlichen Ausgaben (wie z. B. für Kfz-Infrastruktur, aufwendige unnötige Platzgestaltungen, Vorteile für Investoren oder die Bezuschussung des Flughafens) zugunsten von Klimaschutzmaßnahmen.
- Kosten und Gebühren werden im Grundsatz daran orientiert, dass klimafreundliches Verhalten belohnt wird und klimaschädliches Verhalten mehr kostet.

5.2 Mieten bremsen - bessere Wohnraumversorgung

- [Göttinger](#) und [Wiener Modell](#) Modell umsetzen: Daseinsvorsorge durch die Stadt durch Rückkauf von Mietshäusern, Grund und Boden - keine Investoren!
- Abkehr vom Verkauf von Wohnungen – wie leider in der Vergangenheit geschehen - aus dem Bestand der genossenschaftlich organisierten Wohnbaugesellschaften der Stadt, um damit den städtischen Haushalt zu sanieren.
- Zur Vermeidung von Spekulationsgewinnen durch Investoren bei weiter steigenden Bodenpreisen leitet die Stadt eine Bodenvorratspolitik durch strategischen Flächenerwerb ein. Erträge aus Wertsteigerungen städtisch erworbener Flächen werden in Form von Bezuschussung städtischer Wohnungsbaugesellschaften oder von Mietzuschüssen weitergegeben und bewirken somit ein niedrigeres Mietniveau.
- Flächenschonendes Bauen wird forciert; Überbauung bzw. Umnutzung vorhandener Flächen (z.B. Industriegebiete, Parkplätze, Flachbauten, Parkhäuser).
- Förderung von gemeinwohlorientiertem Immobilienbesitz (kommunal, genossenschaftlich, gemeinwohlorientierte Privatinitiativen).
- Die 20%-Quote für Sozialwohnungen muss auf ein Drittel – 33,3 % – erhöht werden.
- Das Verpachten städtischer Flächen ist einem Verkauf vorzuziehen (siehe [Erbbaurecht...](#)).
- Bevorzugung von Wohnungsbauunternehmen mit kommunaler Beteiligung.
- Großflächige so genannte „Stadtvillen“ beschränken.
- Vermeidung von Ghettoisierung durch Mischung der verschiedenen Mietniveaus.
- Einführung einer Zweckentfremdungssatzung, um gegen absichtlichen Leerstand vorgehen zu können (Immobilien-Spekulation).
- Das Wirken von „Miethaien“ beenden! Beispiel: Die Vonovia kümmert sich kaum um Mieteranliegen. Das Büro in Braunschweig wurde geschlossen, Eingangstüren werden nicht repariert, Bäume und Büsche ersatzlos vernichtet, Steine fallen von Dächern – aber regelmäßig werden die Mieten maximal erhöht. Damit steigt der Mietspiegel für alle, Diesen Teufelskreis wollen wir durchbrechen!
- Kritische Beobachtung bei der Ausweisung von Baugebieten durch die Stadtverwaltung: keine Vergabe von Baurechten im Frühstadium der Bauplanung für gesamtes Baugebiet wie z. B. in Stöckheim (Munte, Eppers o. ä.), da ansonsten die Bürgerbeteiligung darunter leidet. Keine Baumfällungen vor Baubeginn!
- Wohnraum aus dem Bestand heraus vergrößern - viele Wohnungen stehen im Altbestand leer!
- Eine Lösung dafür schaffen, dass viele Eltern nach Auszug ihrer Kinder eine für sie zu große Wohnung notgedrungen behalten, weil die Miete für eine passende kleinere Wohnung höher wäre als für die zu große, die sie noch bewohnen.
- Kurzfristige Bereitstellung eines Geländes für ein erstes dauerhaftes [Tiny-Houses-Projekt](#).

Stadtentwicklung und Wirtschaft

5.3 Bebauungsplanung

Inspiziert durch die Lektüre von Erfahrungen in Kopenhagen und neuen Ideen in Paris orientiert sich für uns die Stadt der Zukunft an der Entwicklung von Quartieren. In diesen kleineren Einheiten leben alle sozialen Schichten und Menschen verschiedener Herkunft in Nachbarschaft. Einrichtungen der Grundversorgung, der Bildung und des Miteinanders sind fußläufig in 15 Minuten erreichbar (*Stadt der kurzen Wege, 15-min-Stadt*), also Geschäfte, Kindergärten, Bildungseinrichtungen für alle Altersgruppen, medizinische Praxen, Nachbarschaftszentren.

Städteplanung setzt bei den Interessen von Kindern, Alten und Frauen an. Öffentlicher Raum und Grünflächen sind ebenso wichtig wie Gebäudegestaltung.

Wichtige Einzelaspekte sind:

- Erhalt der Altbausubstanz.
- Maximal 5 Geschosse.
- Bevorzugung von Fuß- und Radverkehr.

Vorgaben für Gebäude

- Photovoltaik (außer Nordseiten und Nur-Schatten-Dächer).
- Energetischer Mindeststandard Passivenergiehaus, besser Plusenergiehaus.
- Hochwertige Isolierung nicht durch Wärmepumpen mit größerer Leistung ersetzen.
- Wegen des höheren Flächen- und Energieverbrauchs weniger Einfamilienhäuser.
- Nur helle Flächen nach Südosten, Süden, Südwesten und Oben zur Vermeidung von Aufheizung durch die Sonne.
- Fassaden- und ggf. Dachbegrünung (das ist auch zusammen mit PV möglich).
- Vermeidung des Einsatzes klimaschädlicher Materialien wie zum Beispiel Beton.
- Regenwasserspeicherung für Grünbewässerung.
- Regenwasserversickerung (mit automatischer Überwachung, so dass es keine Überschwemmungen gibt).
- Ebenerdige Zufahrt für Fahrräder (auch für große Anhänger und Lastenräder) zu sicheren und ausreichenden innenliegenden Abstellräumen mit Lademöglichkeit.
- Eine Mindestquote an Nist- und Brutmöglichkeiten für Insekten, Vögel und Fledermäuse sowie Trinkmöglichkeiten.
- Insektenfreundliche und sparsame Außenbeleuchtung, nicht nach oben oder waagrecht.
- Grundlegender Ausschluss von Atombetrieben im Stadtgebiet.

Vorgaben für Flächen

- Luftschneisen erhalten bzw. bei Neubauten einplanen (Geschosshöhe).
- Resilienz - keine Verdichtung der Stadt auf Kosten von Grünflächen.
- Alten Baumbestand bereits vor Planungen erfassen, erhalten und schützen, desgleichen andere Großgehölze und wertvolle Biotope.
- Nur Mischgebiete (Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Grün, Freizeit - für die Stadt der kurzen Wege).
- Mindestanzahl Bäume pro Fläche (Blattmasse als Maßstab, um großkronige Bäume zu fördern).
- Mindestanzahl Sträucher und heimischer Blühwiesen für Vögel, Insekten, Igel und andere Kleintiere.
- Versiegelungsanteil auf ein Mindestmaß begrenzen.
- Illegale Schottergärten und Versiegelungen verhindern.
- Nur helle Bodenflächen gegen Aufheizung durch die Sonne.

Stadtentwicklung und Wirtschaft

- Ausreichende Dichte an Recycling-Sammelstellen.
- Sparsame und insektenfreundliche Beleuchtung (alle Wege, aber so wenig wie möglich).

Vorgaben für Mobilität

- Tempo 30.
- Gehwege und Plätze nach den Empfehlungen des [FUSS e.V.](#)
- Radverkehrsnetz mindestens nach „Braunschweiger Standard“ (Ratsbeschluss aus 2020).
- Beschattung der Fuß- und Radwege mit vielen Bäumen.
- Optimierung der Fuß- und Radwege Richtung Stadtbahn- und Bushaltestellen.
- Anbindung an das Veloroutennetz und die Fahrradschnellwege (z. Z. in Planung).
- Ausreichend gute Fahrradabstellanlagen (Mix aller Qualitätsstufen, von Bügel bis Box).
- Hochwertige ÖPNV-Anbindung ausreichend für 80 % aller Menschen, die in dem Gebiet erwartet werden.
- Die ÖPNV-Anbindung des Gebietes sollte im 10-Minuten-Takt erfolgen, außerdem sollte es ein Abend- und Nachtangebot geben.
- Parkraumbewirtschaftung für Kfz-Parkplätze.
- Minimierte Kfz-Stellplatzanzahl durch Mobilitätskonzepte (siehe Ausnahmeregelungen in der Landesbauordnung).
- Obergrenzen für die Anzahl privater Kfz-Stellplätze.

5.4 Die „Bahnstadt“ als klimafreundlicher Stadtteil

- Kein Rückbau von weiteren Gleisanlagen im Zuge der Planungen der Bahnstadt (Verkehrswende: Güterverkehr auf die Schiene!).
- Kartierung und Erhalt von mindestens 90 % des Bestandes an wertvollen, gesunden alten Bäumen und Wäldern, desgleichen 90 % aller für den Artenschutz wertvoller Grünflächen und Biotope.
- Keine „Entlastungsstraße“ zwischen Salzdahlumer und Helmstedter Straße.
- Ökologisch verantwortungsvolles Bauen mit großzügigen Grünflächen, fahrradfreundlich und autoarm (siehe Kapitel Bebauungspläne).
- Ein fester Platz für [Zirkus Dobbolino](#) (wie vorher bereits zugesagt und geplant).
- Unterstützung der Bestrebungen des Kunstvereins [DIE HALLE](#).
- Einplanung eines Geländes für ein [Tiny-Houses-Projekt](#).

5.5 Wirtschaft und Gewerbe

- Unbürokratische und schnelle Existenzsicherungshilfen mit Flexibilität und Augenmaß bevorzugt für (klima- und sozialverträgliche) Kleingewerbetreibende, die durch die Coronapandemie gefährdet sind.
- Kein interkommunales Großgewerbegebiet Scheppau am Autobahnkreuz A2/A39 in den dortigen Naturschutzgebieten.
- Nutzung brachliegender bereits versiegelter Flächen für neue Gewerbegebiete (wie z. B. in Salzgitter vorhanden) bei optimaler Anbindung an die Bahn, den ÖPNV und die Radschnellwege oder das Veloroutennetz.
- Keine Ausgliederung der Braunschweiger Landessparkasse zu Lasten und auf das Risiko der Bürger:innen.
- Schluss mit Geschenken aus Steuermitteln an Investoren (wie z. B. an die Volksbank BraWo, Borek Immobilien u. v. A. m.).

Stadtentwicklung und Wirtschaft

- Digitalisierung ist kein Selbstzweck – sie sollte für die Menschen da sein und nicht nur für profitorientierte Zwecke. Schnelles Internet muss allen zur Verfügung gestellt werden, insbesondere den Schulen.
- Unsere Region ist von VW dominiert. Das Unternehmen will Arbeitsplätze abbauen, angeblich wegen der Umstellung auf Elektroantrieb. Das müsste nicht sein. Wir setzen uns für den Erhalt der ca. 8.000 Arbeitsplätze ein, auch der ca. 7.000 bei der VW Financial Services AG, auch durch die Entwicklung neuer Produkte über die automobilen Wertschöpfung hinaus. Die Beschäftigten müssen alle Möglichkeiten zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze erhalten. Würde VW sich nicht nur auf die Produktion herkömmlicher Pkws beschränken, könnte die Zahl der Arbeitsplätze sogar mehr als verdoppelt werden! Wir wollen, dass VW seine hervorragenden Möglichkeiten langfristig nutzt für die Entwicklung und Produktion von klimaschonenden Technologien. Die Beschäftigten müssen bei diesem Wandel unterstützt werden. Dafür geeignet wären z. B. Energietechnik wie Photovoltaik, Windgeneratoren und umweltschonende Stromspeicher, Verkehrslogistikkonzepte, Stadtbahnen, E-Lastenräder, mit Wasserstofftechnik angetriebene Busse, Regionalbahnen, Bau- und Landmaschinen, Schiffe, Flugzeuge usw. Fehlendes Know-How könnte VW, wie bisher auch, mit Firmenübernahmen dazukaufen. Die Region würde florieren!

5.6 Wissenschaft und Innovation

Die BIBS möchte Braunschweig als Stadt der Wissenschaft stärken und setzt sich insbesondere ein für Forschung und Entwicklung zu

- Technologien für den Klimaschutz und den Artenschutz.
- Regenerativen Energien und Energieeinsparung.
- Energiespeichertechnologien wie z. B. mit „Grünem Wasserstoff“.
- Klimaschonende Verkehrslogistik als Alternative zum motorisierten Individual- und Güterverkehr.
- CO₂- und emissionsfreiem Schiffs- und Luftverkehr.
- Infektionsschutz und Pandemiebekämpfung.
- Friedensstrategien und internationale Zusammenarbeit.
- Einbindung von Bürger:innen in Entscheidungsprozesse. Dabei legen wir besonderen Wert auf regionale Kooperationen wie z. B. mit dem Wasserstoff-Campus in Salzgitter. Militärische Forschung und Forschung zur Nutzung von fossilen Energieträgern lehnen wir ab.

5.7 Förderung von Kunst und Kultur

Die BIBS setzt sich zum Ziel, vorhandene Einrichtungen, wie Museen, Institute und Vereine, die sich mit Kunst und Kultur beschäftigen, zu unterstützen, damit diese finanziell und durch größere Wertschätzung gestärkt werden. Die BIBS tritt entschieden allen Bestrebungen entgegen, die Kultur in Braunschweig Corona-bedingt mit Sparmaßnahmen zu belegen. Keine Kürzungen im Kulturretat!

Folgendes soll erreicht werden:

- Belebung der Innenstadt durch Kunst und Kultur (dafür auch mehr Aufenthaltsräume und Sitzgelegenheiten schaffen).
- Unterstützung von kulturellen Initiativen, die sich in Stadtteilen bilden.
- Förderung der sehr stark vernachlässigten Bereiche Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau.
- Bereitstellung von Ateliers, Spielorten für freies Theater und Übungsräumen für Musiker:innen (auch über 25 Jahren) zu günstigen Konditionen (pandemiebedingt auch digitaler Räume).
- Kulturgeschichtliches und kulturelles Potenzial der Stadt über die Region hinaus sichtbar machen.
- Die Grundsicherung sollte auch für Kulturschaffende gezahlt werden. Die Förderrichtlinien der Stadt sind dementsprechend weiterzuentwickeln.
- Orte für Ausstellungen, wie z. B. die städtische Galerie „[halle267](#)“, sollen noch mehr für Künstler:innen und Besucher:innen regional und überregional sichtbar gemacht werden.
- Unterstützung der Bestrebungen des Kunstvereins [DIE HALLE](#).

Stadtentwicklung und Wirtschaft

- Eine zeitnahe Umsetzung der geplanten Sanierung des Kinder- und Jugendzentrums B58 am bestehenden Ort.
- Bereitstellung eines großen Außengeländes für Outdoor-Veranstaltungen (3.000 – 5.000 m², Lärm muss hier erlaubt sein) auf Wunsch mehrerer Vereine aus der freien Kulturszene.
- Unterstützung der Forderung des [KufA e.V.](#) für die Vergabe eines jährlichen Kleinkunstpreises für die freie Kulturszene über 5.000 €.
- Erhöhung der Mittel des Kulturetats für Kleinformat aller Art von Vereinen und Solo-Künstler:innen auf 100.000 €.
- Schaffung zusätzlicher Förderprogramme für die freie Kunst- und Kulturszene (inkl. Kleinkunst und Solo-Künstler:innen).
- Erweiterung der Öffnungszeiten für Gastronomie und Kulturveranstaltungen.
- Die BIBS unterstützt die Forderung der Kulturschaffenden in Bund, Ländern und Kommunen: „[Kultur ins Grundgesetz](#)“. Nur durch den „Schutz von Kunst und Kultur im Grundgesetz“ und den „Schutz aller in ihr Tätigen“ als Verfassungsrang lässt sich erreichen, dass Kultur systemrelevant ist.

5.8 Finanzierung

Die BIBS setzt sich ein für eine Umschichtung klimaschädlicher Ausgaben (wie z. B. für Kfz-Infrastruktur oder die Bezuschussung des Flughafens) und Einsparungen z. B. bei aufwendigen und unnötigen Platzgestaltungen oder ungerechtfertigten Vorteilen für Investoren (Beispiele: [Holzmoor](#) (S. 5 unten), [Volksbank BraWo](#), „[Entertainmentcenter](#)“ [Petzvalstraße](#), [Quadriga](#),...) zur Finanzierung der hier beschriebenen Ausgaben.

Anlage

6. Anlage

Maßnahmen und Forderungen zur Förderung des Radverkehrs

1. Flächendeckend Tempo 30 in allen Wohngebieten.
2. Bei Planungen werden gleichermaßen langsame, „ängstlichere“ und schnelle Radfahrer:innen berücksichtigt; nötigenfalls auch durch parallele Wegführungen. Dazu gehört, dass alle Kurvenradien auf Tempo 30 ausgelegt werden.
3. Um schwere Abbiegeunfälle zu vermeiden, werden Kreuzungen als sog. Schutzkreuzungen (um)gebaut und der schnelle Radverkehr so oft wie möglich links vom rechtsabbiegenden Autoverkehr geführt.
4. Radverkehr wird niemals in so genannten „Türzonen“ geführt, um gefährliche und schmerzhaft Unfälle durch unachtsam geöffnete Autotüren auszuschließen.
5. Alle Einbahnstraßen werden für den Radverkehr geöffnet; nötigenfalls dafür umgestaltet oder für den Autoverkehr gesperrt.
6. Barrieren wie z. B. Stufen, Zäune oder die illegalen Umlaufsperrern und Poller werden entfernt oder umgebaut. Legale Poller werden vorschriftsmäßig auffällig reflektierend rot-weiß markiert. Als Zufahrtssperren für Kfz werden Lösungen gewählt, die Radfahrer:innen nicht gefährden.
7. Die Stadt schafft ab 2021 mindestens 10 km Radverkehrsanlagen pro Jahr durch Um- oder Neubau in ihrer Baulast. Diese zeichnen sich aus durch bauliche Trennung vom Fuß- und Kfz-Verkehr, kontinuierliche Führung mit ebenem, hellem Belag, Vorfahrt an Knotenpunkten und einer Mindestbreite gemäß der Regelmaße in den „Empfehlungen zur Anlage von Radverkehrsanlagen“ (ERA) zuzüglich der jeweiligen Sicherheitstrennstreifen.
8. Die Stadt schafft bis 2030 ein Radverkehrsnetz aus nummerierten Velorouten, welches alle Ortsteile miteinander vernetzt und diese radial an die Innenstadt anbindet. Das Netz wird nach den Kriterien Sicherheit, Komfort, Umwegfreiheit, lückenlose Führung und Wegweisung sowie der Möglichkeit, ein zügiges Tempo fahren zu können, konzipiert und umgesetzt. Dafür soll der [Velorouten-Netz-Vorschlag](#) der Fahrrad- und Verkehrsinitiativen vom Februar 2021 übernommen und umgesetzt werden.
9. Vermeidung von Umwegen wie z. B. das viermalige Verschwenken vorfahrtberechtigter Radwege an Kreuzungen.
10. Radwege werden über Nebenstraßen und Einfahrten auf gleichem Höhenniveau weitergeführt, so dass das bisherige gesundheitsschädliche „Auf und Ab“ vermieden wird (Vorbild Bremen).
11. Mängel an Radwegen, auch wenn sie nur den Komfort betreffen, werden nach dem Winter systematisch erfasst und im selben Jahr beseitigt.
12. Bordsteine werden auf 30° abgeflacht, um Unfallgefahren zu reduzieren, ggf. nötige Wegewechsel zu erleichtern und Beschädigungen zu vermeiden (sog. „Fehlerverzeihendes Schrägbord“).
13. Alle 3-cm-Halbrund-Bordsteinkanten und ähnliche werden auf null abgesenkt (auch an Einfahrten). Das gilt auch für die Trennsteykante der auf Gehwegen angelegten Radwege, da diese eine Unfallgefahr darstellen (Ersatz durch 30°-Schrägborde). Die Stadtgestaltung für Blinde darf nicht zu Lasten von Gehbehinderten und Radverkehr gehen. Es müssen Lösungen für alle gebaut werden (z. B. mit „Riffelsteinen“).
14. Priorität bei der Schneeräumung für den Stadtbahn-, Fuß- und Radverkehr.
15. Radwege, Velorouten, Verbindungswege sowie die Haupttrouten durch die Parks werden durchgehend asphaltiert (z. B. die Wege nach Wolfenbüttel oder Braunschweig-Leiferde). Dabei wird heller Asphalt verwendet, um die Strahlungshitze von unten im Sommer zu reduzieren.
16. Grundsätzliche Beleuchtung von Radwegen bei Fehlen einer Straßenbeleuchtung (sparsam, minimal und insektenfreundlich).
17. Es wird angestrebt, Radwege im Sommer weitestmöglich zu beschatten, vor allem durch Bäume.
18. Unmittelbar neben allen Hauseingängen und ÖPNV-Knotenpunkten sollte es hochwertige Radabstellanlagen möglichst aller Qualitätsstufen geben (von Bügel bis Box). Diese sind im Idealfall ebenerdig, überdacht, beleuchtet, frostfrei und mit Lademöglichkeit für E-Fahrräder. Eine Nachrüstung im Bestand von Wohn- und Immobiliengesellschaften, Arbeitgebern und anderen Unternehmen wird gefördert, aber auch

Anlage

gesetzlich gefordert. Die so genannten „Felgenmörder“ werden nicht mehr als Radabstellanlagen anerkannt. Es wird ein Förderprogramm eingerichtet, bei dem Bürger:innen sog. *Fahrradhäuschen* in ihrer Nachbarschaft beantragen und mieten können (Beispiel Hamburg).

19. Der Radverkehr erhält an Ampelkreuzungen länger grün als der Autoverkehr. Wo möglich, wird bei Annäherung auf grün geschaltet (bitte rechtzeitig, Tempo 30 beachten).
20. Die Stadt führt die grüne Welle für Radfahrer:innen bei Tempo 20 km/h ein. Diese wird gegenüber der grünen Welle für den Kraftverkehr priorisiert.
21. Die neuen kleinen Ampeln für den Radverkehr werden nachgebessert, weil es oft nicht ersichtlich ist, für welche Richtung sie gelten und weil sie im Dunkeln stark blenden, insbesondere die weißen Richtungspfeile.
22. Radfahrer:innen müssen nicht vor Ampeln warten, um rechts abzubiegen (ggf. „Grüner Pfeil“).
23. Wirksame Trennung von Geh- und Radwegen. Das birgt die Chance, das Verkehrsklima zu verbessern und Radwege in der Wahrnehmung zu echten, gleichwertigen „Fahrbahnen“ zu machen.
24. Entschärfung von Kopfsteinpflaster durch Ersetzen, durch ebenes Abschleifen oder durch zwei flach eingelegte Fahrstreifen aus glatten und langen Pflastersteinen.
25. Vernetzung mit dem ÖPNV: die Fahrradmitnahme wird zu allen Tageszeiten verbindlich und preiswert sichergestellt. An Haltestellen gibt es Radabstellanlagen; je weiter weg vom Stadtzentrum, desto mehr und desto hochwertiger.
26. Am Hauptbahnhof werden mindestens zwei Fahrradparkhäuser gebaut (vorne und hinten, für insgesamt mindestens 7.500 Räder, auch für Gespanne und Lastenräder und mit Lademöglichkeit).
27. Um die Querung der Barriere Hauptbahnhof zu ermöglichen, werden die ehemaligen Bahnsteigtunnel „Posttunnel“ und „Pakettunnel“ geöffnet und für den Fuß- und Radverkehr ausgebaut.
28. Die große Barriere „Fußgängerzone“ in der Innenstadt zwingt Radfahrer:innen derzeit zu Umwegen oder zum Schieben. Um das zu vermeiden, werden mehrere Querungsmöglichkeiten und Bereiche mit Mischverkehr geschaffen. Die autoarme Stadt nach der Verkehrswende hat große zentrale hochpreisige Fußgängerzonen nicht mehr nötig, da die ganze Stadt viel attraktiver ist und überall genug Platz für den Umweltverbund bietet. Es wird dann insgesamt mehr Fußgängerzonen geben. Diese werden wie kleine Erholungsseln sein, die nahezu umwegfrei von Fahrrad- und ÖPNV-Verkehr umfahren werden können.
29. Es werden mehr und günstigere Schließfächer in der Innenstadt eingerichtet.
30. Förderung von Fahrradleihsystemen in allen Stadtquartieren für einen attraktiven Preis. Auch Lastenfahrräder, Anhänger und E-Fahrräder sollen verliehen werden.
31. Mit dem Braunschweiger Standard (Ratsbeschluss) sind Konflikte zwischen Rad- und Fußverkehr aufzulösen. Hierfür sind Radwege dem Charakter nach als Fahrbahn zu gestalten und so vom Gehweg baulich abzutrennen, dass missbräuchliches Befahren des Gehweges und leichtfertiges Betreten des Radweges wirksam reduziert wird.
32. Fahrradstraßen werden zu „echten“ Fahrradstraßen, also autofrei oder autoarm (siehe Maßnahme 6.1 des Rats-Radentscheides. Umsetzungsziel 2021!).
33. Das Ringgleis erhält Vorfahrt an Nebenstraßen. Dazu wird es über diese Straßen auf gleichem Niveau geführt (also höher als die Straße) und farbig markiert (zur Sicherheit). An diesen Stellen stehen Straßennamensschilder und Wegweiser.
34. Es gibt eine Hotline und eine App zur Meldung von Mängeln (die bisherigen Versuche funktionieren nicht). Die Beseitigung kleinerer Mängel wie z. B. Scherben auf Wegen erfolgt binnen 24 Stunden.
35. Um Grassel, Bevenrode und Waggum umwegfrei an das Veloroutennetz anzuschließen, wird eine ampelgesteuerte Querungsmöglichkeit der fast nie benötigten verlängerten Landebahn des Flughafens eingerichtet (auf dem ehemaligen Verlauf der Grasseler Straße nach dem Beispiel des Flughafen Gibraltar).
36. Regionale Radschnellwege in alle Nachbarzentren sollten bis 2030 fertiggestellt sein. Der Ausbau darf nicht auf Kosten von Bäumen und Natur erfolgen!
37. Neubau der Sidonienbrücke mit einer Breite von 7,5 m.
38. Radwegebau an den Landesstraßen von Völkenrode über den Bortfelder Kreisel nach Wendeburg.

Anlage

39. Es werden Lösungen erarbeitet, beim Queren von Straßen mit Verkehrsinseln in der Straßenmitte dort auch mit (längeren) Gespannen oder Lastenrädern warten zu können.
40. Geschützte Radverkehrsführungen an Kreuzungen mit baulicher Trennung, kaum spürbaren Verschwenkungen und direkterer Führung (also Schutzinseln für's Rad-Rechtsabbiegen und für Wartebereiche) und zusätzlich die Möglichkeit für schnellen Radverkehr, auf der Fahrbahn queren oder abbiegen zu können.

Minderheitenvoten

- Wer nicht Auto fährt, wird mit einer jährlichen [Freie-Straßen-Prämie](#) belohnt.
- Beauftragung einer Vergleichsstudie über **Oberleitungsbusse** auf allen geeigneten Linien (insbesondere der Ringlinie) zum Abwägen der langfristigen klimatischen und ökonomischen Vor- und Nachteile.
- **Keine Ladesäulen** für E-Mobilität: Autoverkehr erzeugt unabhängig vom Antrieb eine Riesenumenge an Klima-, Umwelt- und Sozialschäden, Toten, Verletzten sowie Ungerechtigkeiten (E-Mobilität besonders im sog. ‚globalen Süden‘). Gerade in den Städten reicht der Platz für die vielen Autos nicht aus und er ist auch viel zu kostbar. Wir streben eine Verkehrswende an, um diese hundertjährige Fehlentwicklung wieder zu korrigieren. Davon abgesehen, wäre der technische Aufwand extrem hoch und würde sehr vielen Bäumen das Leben kosten. Kompromissvorschlag: *„Bis zur Realisierung der Verkehrswende fordern wir als Übergangslösung einen beschleunigten Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobile, insbesondere in den ringnahen Wohngebieten. Eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Lademöglichkeiten muss kommunal gesteuert werden. Wer partout nicht auf aufs Auto verzichten kann, sollte wenigstens ein paar Lademöglichkeiten vorfinden. Für die Schaffung der neuen Lademöglichkeiten sollen ausschließlich bereits vorhandene Parkplätze genutzt werden und somit keine Grünflächen zerstört, Hinterhöfe versiegelt oder Bäume gefällt werden.“*